

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Bettzeile 20 Pfennige; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennige. — Sämtliche Postankalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 7069 im Post-Zeitungregister.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

In den Verbandsvorstand wurden die Kollegen E. Pucher, R. Alex, F. Zeiß und die Kolleginnen M. Stammgäßer und M. Wotsche gewählt.

In die Revisionskommission wurden die Kolleginnen E. Lange und J. Gottwald, sowie der Kollege G. Sternitzky gewählt.

In die Redaktionskommission wurden die Kollegen D. Bleich, E. Jäbide und die Kollegin G. Striegel gewählt.

Salle a. S. Die Adresse des Kassiers ist jetzt Otto Hierl, Ranschestr. 20, 2 Treppen.

Mügel. Als Vertrauensmann wurde Herr Hermann Rentisch, Niederfeld bei Dresden, Bismarckstr. 89b, 1 Tr., gewählt.

Zahlstelle Leipzig. Der Kassentrustmann Kollege Hugo Reich wohnt Leipzig-Sellerhausen, Grenzstraße 15, 4 Treppen rechts.

Der Verbandsvorstand. J. M.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Die Zahlstellenkassierer, welche noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, die Abrechnungen einzuwenden.

Der Verbandskassierer. Heinrich Lohahl.

Der IV. deutsche Gewerkschaftskongress.

Derjelbe hat in fünf Tagen ein reichhaltiges Arbeitspensum erledigt, das noch vermehrt wurde durch die Punkte: Die Stellung der Berufsorganisationen zu den Industrieverbänden (dieses wurde nur mit 64 gegen 60 Stimmen beschlossen); die in der Rechtsprechung zu Tage getretene Anwendung des Erpressungsparagrafen gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Gewerkschaften; die Stellung der deutschen Gewerkschaften zur Volltarifpolitik.

Was bei diesem Gewerkschaftskongress besonders auffiel, war, daß außer den zahlreicher als sonst anwesenden Delegierten des Auslandes — es waren solche aus Oesterreich (Böhmen war besonders vertreten), Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen, Niederlande, England, Frankreich, Italien erschienen — zum ersten Male die Reichsregierung einen offiziellen Vertreter entsendet hatte: Geheimrath Dr. Hoebel vom Reichsamt des Innern. Außerdem wohnten zeitweilig den Verhandlungen bei mehrere württembergische Gewerbetätige, ein Gewerberichter, eine Gewerbeinspektions-Assistentin, der zweite Bürgermeister von Stuttgart. Vom Verein „Arbeiterpresse“ waren zwei Vorstandsmitglieder als Gäste anwesend, denen zu den Punkten „Arbeitersekretariate und Unterstützungsfonds der Gewerkschaftsangehörigen“ beratende Stimme eingeräumt wurde; abgelehnt wurde die Zulassung der Vertreter der Gewerkschaftskartelle mit Ausnahme von Lüttich, dem zu der Erörterung über das Verhältnis des Leipziger Gewerkschaftskartells (dasjelbe wurde bekanntlich von der Riste der Kartelle im „Korresp.-Bl. der G.-S. gestrichen) zur Generalkommission das Wort gestattet wurde.

Es waren im Ganzen 156 Delegierte anwesend, welche 671 118 Stimmen vertraten; der Vertreter der Portefeuille wurde erst zugelassen, nachdem er eine Erklärung abgegeben, daß eine Konkurrenz des Buchbinderverbandes ausgeschlossen, dagegen wurde die „Gewerkschaft deutscher Buchdrucker“ auch von diesem Kongress, ebenso wie vor drei Jahren in Frankfurt am Main, als dem Verbands der deutschen Buchdrucker und den übrigen auf dem Kongress vertretenen Centralorganisationen gleichberechtigte Organisation nicht anerkannt.

Gleich beim 1. Punkt der Tagesordnung „Rechnungsbericht der Generalkommission“ entspann sich eine lebhafteste Debatte über den Zwiespalt mit dem Leipziger Gewerkschaftskartell und mußte das Letztere zugeben, daß es seinem Beschluß untreu geworden war, denn die Buchdrucker (Verbändler) wurden nicht zugelassen, weil man erklärte, daß eine längere Tarifgemeinschaft die Arbeiter in ihrer gewerkschaftlichen Entwicklung hindere; dagegen hat man später die Maurer, die einen vierjährigen Tarif abschlossen, als berechtigte Vertreter anerkannt. Es wurde folgender Antrag angenommen:

„Der Gewerkschaftskongress lehnt es ab, in der Angelegenheit des Leipziger Gewerkschaftskartells einen Beschluß zu fassen. Da das Leipziger Gewerkschaftskartell anerkannt wird, wenn es sich dem Frankfurter Kongressbeschluß fügt, erübrigt sich eine weitere Beschlußfassung.“ Man wird nun abwarten müssen, wie sich der Ausgang gestaltet.

Ein äußerst lebhafter Meinungsaustrausch zeitigte auch der Antrag Kassel: Zulassung des Vertreters der Sonderorganisation der Buchdrucker, und damit Anerkennung derselben. Eine Resolution: „Der Kongress spricht die Hoffnung aus, daß der „Korrespondent“ der Buchdrucker zukünftig die Angriffe unterlassen wird, die sich gegen die gesamte sozialdemokratische Partei richten; er erwartet aber auch, daß in der sozialdemokratischen Presse alle Angriffe gegen die Buchdrucker eingestellt werden“, gelangte nicht zur Abstimmung, nachdem ein Vertreter der Buchdrucker und zwar der Redakteur des „Korrespondent“, Herzhauer, die Erklärung abgegeben, daß es ihm fernliege, die sozialdemokratische Partei als solche anzugreifen, und der Vorsitzende des Kongresses, Bömelburg, das Fazit aus der Debatte gezogen, daß keine Trennung zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften statthaben kann, daß beide sich ergänzen müssen, und weiter Uebereinstimmung herrscht, daß der „Korrespondent“ der Buchdrucker häufig gegen die Partei über die Schnur gehauen hat, andererseits aber auch einzelne sozialdemokratische Parteiblätter sich des gleichen Vergehens schuldig gemacht haben.

Zum Punkt „Agitation unter den Arbeiterinnen“ wurde eine Resolution, in welcher eine lebhaftere Agitation als bisher befürwortet wird, angenommen, ferner ein Antrag, welcher den Gewerkschaften, welche weibliche Mitglieder haben, empfiehlt, solche Unterstützungen einzuführen, welche den Arbeiterinnen entsprechen, in erster Linie in Krankheitsfällen und für Wöchnerinnen. Für schwache Verbände soll die Generalkommission die Kosten der Agitation tragen.

Beim Punkt „Allgemeine Agitation und „Korrespondenzblatt““ wurde ein Antrag, Unterrichtskurse über Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Orten Deutschlands einzurichten, der Generalkommission zur Erwägung überwiesen, desgl. ein Antrag, im „Korrespondenzblatt“ eine tabellarische

Streikübersicht zu veröffentlichen und am Niederrhein eine Agitationskommission zu errichten. Abgelehnt wurde eine Zusammenstellung der wichtigen Gerichtsurtheile im „S.-B.“, die Herausgabe eines Jahrbuches der Gewerkschaften soll dagegen im Auge behalten werden. Die Anregung, das „S.-B.“ in einer größeren Auflage herzustellen, um den örtlichen Verwaltungen der Verbände eine größere Anzahl von Exemplaren überweisen zu können, sowie ein Antrag, auch die Kartelle dabei zu berücksichtigen, wurden dahin erledigt, daß vom Vorsitzenden der G.-S., Legien, die Erklärung abgegeben wurde, es würden soviel Exemplare abgegeben, als verlangt werden. (Daraus ist natürlich nicht der Schluß zu ziehen, daß jedes Mitglied ein Exemplar zu beanspruchen hat.)

Verbunden wurden die Referate und die Diskussion über: 1. Die Errichtung eines Reichs-Arbeitersekretariats, 2. Die Thätigkeit und rechtliche Stellung der Arbeitersekretäre, 3. Wahl und Organisation der Vertreter in der Sozialgesetzgebung.

Beschlossen wurde in namentlicher Abstimmung mit 119 gegen 31 Stimmen, in Berlin ein Central-(dahin wurde auf Antrag das Wort Reichs- umgeändert) Arbeitersekretariat in Berlin zu errichten, die Kosten sollen bis zum nächsten Gewerkschaftskongress 15,000 Mk. nicht übersteigen. Zu dem Zweck soll der von den Gewerkschaften zu zahlende Beitrag von 3 auf 4 Pf. erhöht werden.

Zum 2. Punkt gelangte eine Resolution zur Annahme, aus der wir hervorheben:

„Die Frage, ob die Auskunftserteilung unentgeltlich oder gegen eine Gebühr resp. nur an Organisirte zu erfolgen hat bleibt den Sekretariaten bzw. ihren zuständigen Organisationen zur eigenen Entscheidung überlassen; jedoch erscheint es nicht zweckmäßig und mit dem Charakter eines Arbeitersekretariats unvereinbar, die Sekretäre statt des Gehalts auf die für die Auskunftserteilung zu erhebenden Gebühren anzuweisen.“

Die Gründung eines eigenen Fachorgans für die Arbeitersekretäre ist nicht als notwendig zu erachten, sondern es steht ihnen für ihre Publikationen das „S.-B.“ der G.-S. zur Verfügung.“

Zum 3. Punkt nahm der Kongress eine ablehnende Stellung insofern ein, als ein besonderer Verband der Arbeitervertreter-Vereine Deutschlands für überflüssig erklärt wurde, dagegen sei es notwendig, daß sich die Gewerkschaften mehr mit der Sozialgesetzgebung befassen.

Im Anschluß hieran wurde mit 104 gegen 47 Stimmen die Verlegung der Generalkommission von Hamburg nach Berlin beschlossen. Wiedergewählt wurden die bisherigen befohlenden Mitglieder Legien und Sabath, welche ihr Domizil bisher in Hamburg hatten, sowie neugewählt die in Berlin ansässigen: Silberschmidt, Rob. Schmidt, Knoll, Döblin, Cohen, Kube und Sassenbach. Demnach muß auch der Ausschuß der G.-S. in Berlin gewählt werden.

Zum Punkt „Das Submissionswesen und die Streikmaßregel“ wurden eine Resolution und ein Antrag angenommen und damit der G.-S. der Auftrag erteilt, an die deutschen Bundesregierungen zu petitioniren, damit die Abstellung aller Mißstände des Submissionswesens von Seiten des Staates gesetzlich geregelt und insbesondere die Buchthansarbeit im Interesse der deutschen Industrie auf die minimalste Grenze des freien Wettbewerbs eingeschränkt resp. verboten wird.

Ebenso erklärte sich der Kongress durch Annahme

einer Resolution damit einverstanden, daß mit aller Energie auf die Abstellung der durch die Hausindustrie hervorgerufenen Uebelstände hingearbeitet werden soll.

Eine ausgebehnte Debatte entspann sich bei dem Punkt „Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenversicherung“. Es empfiehlt sich, im besonderen diese Verhandlungen in dem demnächst erscheinenden Protokoll genau durchzulesen, auch wir werden noch des öfteren Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen. Es fand dieser Punkt seinen Abbruch durch Annahme einer durch Kongreßbeschuß nicht unwesentlich erweiterten Resolution des Sekretärs v. Elm-Damburg, in der, fühend auf das uneingeschränkte Koalitionsrecht, festgelegt wird, daß es Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde sei, Arbeitern Unterstützung zu gewähren bei Arbeitslosigkeit, welche weder durch Streiks oder eigenes großes Verschulden hervorgerufen ist. Die Arbeitslosenunterstützung darf jedoch nicht den Charakter eines Almosen oder einer Armenunterstützung tragen und keinerlei Minderung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter nach sich ziehen.

Ferner: Eine solche Unterstützung darf auf keiner anderen Grundlage beruhen, als der freien Selbstverwaltung der Arbeiter und eines Zushusses an solche centralen und lokalen Berufsvereine, welche Arbeitslosenunterstützung am Orte und auf der Reise an ihre Mitglieder gewähren.

Zum Punkt Hausindustrie wird folgender Antrag angenommen:

Als Uebergangsstadium fordert der Kongreß:

1. Ausdehnung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetze auf die gesamten Heimarbeiter.
2. Vollständiges Verbot der Kinderarbeit.
3. Unterstellung der gesamten Heimarbeiter unter die Kontrolle durch Gewerbeinspektion.
4. Erlass strenger Vorschriften über Einrichtung der Arbeitsstätten in der Heimarbeit.
5. Verpflichtung der Arbeitgeber und der sogenannten Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe zu führen und diese jederzeit den Beamten der Gewerbeinspektion zur Einsicht vorzulegen.
6. Verbot der Heimarbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen und der Nacharbeit.
7. Verbot der Heimarbeit in Häusern und Arbeitsstätten, in denen eine ansteckende Krankheit ausgebrochen ist.
8. Unterstellung der Heimarbeiter unter die gewerblichen Schiedsgerichte bei Streitigkeiten zwischen ihnen und den Arbeitgebern respektive Zwischenmeistern, die aus dem Arbeitsverhältnis entsprungen sind.
9. Erlass von Schutzbestimmungen und Spezialvorschriften nach der Natur der einzelnen Zweige der Heimarbeit.
10. Verschärfung schwerer Strafen für Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften, für deren Einhaltung Arbeitgeber und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind.

Um diesen Forderungen den nöthigen Nachdruck zu verleihen und die Gesamtbewertung auf die Gefahren der Hausindustrie aufmerksam zu machen, beauftragt der Kongreß die Generalkommission, während der nächsten Reichstagsession einen allgemeinen Heimarbeiterkongreß nach Berlin einzuberufen und die Reichsregierung und einzelne Parteien des Reichstages dazu einzuladen.

Ferner erklärt der Kongreß es als eine Pflicht aller gemeinschaftlich und politisch organisirten Arbeiter und Arbeiterinnen, thätkräftig an der Organisation der Heimarbeiter und Arbeiterinnen mitzuwirken.

Beim Punkt „Das Koalitionsrecht der Eisenbahner“ kam das Rechtsverhältnis der Gärtner und Straßenbahner, sowie das Koalitionsrecht der Landarbeiter zur Erörterung. Es wurden mehrere dementsprechende Resolutionen angenommen, desgleichen protestirte der Kongreß durch Annahme einer Resolution energisch gegen die Anwendung des Erpressungsparagraphen gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter und erwartet von der Reichsregierung, daß sie diesem Urtheil gegenüber eine den Absichten des Gesetzgebers entsprechende Auslegung der Geetze bewirkt.

Eine Protestresolution gegen die Vollvorlage fand ohne jede Diskussion einstimmig Annahme.

Alle Anträge, die Bezug hatten auf die Abgrenzung der einzelnen Organisationen wurden abgelehnt, es bleibt bei der Resolution Basse, welche der dritte

Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. angenommen hat.

Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, daß der Kongreß die Nothwendigkeit der Einrichtung einer Unterstützungskasse für die Angestellten der Gewerkschaften anerkennend und die Generalkommission beauftragt, zwecks Angliederung der geplanten Einrichtung an die Unterstützungskasse des Vereins „Arbeiterpresse“ mit dem Vorstande dieses Vereins in Verbindung zu treten. Sollte eine Verwirklichung sich nicht ermöglichen lassen, dann soll die G.-K. selbstständig vorgehen.

Hetzreis der Reisezeit wurden Beschlüsse nicht gefaßt, nachdem der Vorsitzende Bömelburg erklärt hatte, daß keine Veranlassung zur Veränderung vorliegt.

Beschlossen wurde noch, eine internationale Centralstelle einzurichten und wurde die G.-K. mit den Vorarbeiten betraut. Von Zeit zu Zeit sollen internationale Konferenzen der Landessekretäre einberufen werden; internationale Gewerkschaftskongresse fanden keine Zustimmung.

Ein gewaltiges Stück Arbeit ist auf diesem Kongreß geleistet worden. Die Arbeiter haben wiederum bereites Zeugniß dafür abgelegt, daß sie befähigt sind, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln. Durch nichts ist die Behauptung, daß die Arbeiterklasse untreif sei und der Bevormundung und Anleitung bedürfe, glänzender widerlegt worden, als durch den Verlauf des Gewerkschaftskongresses. Stolz und freudig können wir weiter an dem Ausbau unserer Gewerkschaft arbeiten, denn wir wissen, daß wir gemeinsame Arbeit leisten und auch gemeinsame Erfolge erzielen werden.

Korrespondenzen.

Dresden. Mitgliederversammlung vom 28. Mai. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. 3. Wie regeln wir unsere Unterstützungseinrichtungen? resp. Anträge zu einer außerordentlichen Generalversammlung. 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende eröffnete die leider mäßig besuchte Versammlung um 9 Uhr. Das Protokoll der letzten Versammlung wird verlesen und genehmigt. Zu Punkt 2 berichtet der Vorsitzende daß sich seit letzter Versammlung wieder zehn neue Mitglieder gemeldet hätten: dieselben werden verlesen und da Niemand etwas gegen den Eintritt einzuwenden hat, aufgenommen und vom Vorsitzenden in üblicher Weise begrüßt. Zum 3. Punkt ergreift Kollege Krumpert das Wort, er erläutert, daß der vor Kurzem stattgefundene Verbandstag eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. beschlossen habe. Nun sei auch der Dresdener Verein dadurch gezwungen, eine Veränderung in seiner Unterstützung vorzunehmen. Der Beitrag der Kollegen, welcher ja bekanntlich 20 Pf. beträgt, wird nun vollständig als Beitrag nach Berlin entrichtet. Für eine Beitragserhöhung um 5 Pf. würden wohl auch die Kolleginnen nicht gut zu haben sein. So sei es das Beste, wenn wir die Krankenunterstützung überhaupt fallen ließen, denn wenn auch die Kolleginnen 5 Pf. mehr zahlen würden, so sei dieser Unterstützungszweig bei so geringen Beiträgen kaum lebensfähig, es müßte die jetzt bestehende Kassenzeit erhöht und die Leistungen verringert werden. Die Arbeitslosen-Unterstützung sei das Zweckmäßigste, denn Kollegen und Kolleginnen, welche sich nur der Krankenunterstützung wegen der Organisation anschließen, taugen selten für die. Da der Beitrag der männlichen Mitglieder 30 Pf. betrage, mithin 10 Pf. am Ort verbleiben, so solle dafür ein Beitrag zur Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Nebener sucht noch, sich recht lebhaft über diese Sache auszusprechen, da dieser Punkt für jedes Mitglied von großer Bedeutung sei. Kollege Fide bemerkt, daß die heutige Versammlung nicht in der Lage sei, über diese Sache zu beschließen, dies sei Sache einer außerordentlichen Generalversammlung. Kollege Helbig schließt sich den Ausführungen Krumperts an, da ja jeder Kollege und jede Kollegin durch die gesetzliche Krankenunterstützung eingemahnen vor Noth geschützt ist, im Falle der Arbeitslosigkeit aber hilflos dastehet, und erucht, die Krankenunterstützung fallen zu lassen. Kollege Baum erklärt sich auch gegen die Krankenunterstützung. Kollege Helbig stellt den Antrag, bei der geringen Anzahl der anwesenden weiblichen Mitglieder nicht direkt hierüber zu beschließen, sondern eine Urabstimmung vorzunehmen über event. Beitragserhöhung oder Abschaffung der Krankenunterstützung. Kollege Fide erklärt sich gegen diesen Antrag, dadurch würde nur eine große Anzahl Kolleginnen auf die Krankenunterstützung aufmerksam und würden dem Verbanne untreu werden. Kollege Klaus stellt den Antrag, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen; dieser Antrag findet

die erforderliche Unterstützung, worauf der Antrag selbst abgelehnt wird. Derselbe bemerkt, daß, wenn eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werde, es auch notwendig sei, eine Kommission aus dem Mitgliederbestande zu wählen, welche gemeinschaftlich mit dem Vorstande an der Statutenänderung arbeite. Kollege Baum schlägt hierzu 1 Kollegen und 2 Kolleginnen vor. Darauf wird Kollege Baum, sowie die Kolleginnen Preuß und Giebraun gewählt, welche auch die Wahl annehmen. Kollege Krumpert bringt hierauf die am 8. Juni stattfindende Partie zur Sprache und erucht die Mitglieder um recht rege Beteiligung. Ferner finde am 1. Juni eine öffentliche Versammlung in Klein-Schadowitz statt, wozu die Kollegen ebenfalls zahlreich erscheinen möchten. Des Weiteren berichtet derselbe, daß der Vorstand beschlossen habe, 2 Antheilsscheine zum neuen Dresdener Gewerkschaftshaus zu je 100 Mk. zu zeichnen und erucht die Versammlung um Zustimmung. Weiter theilt derselbe mit, daß uns die Leipziger Kollegen im Juli einen Besuch zugebracht haben, Näheres darüber steht jedoch noch nicht fest. Nebener kommt weiter auf den demnächst stattfindenden Gewerkschaftskongreß zu sprechen, besonders seien die Anträge der Metallarbeiter Münchens und der Zahlstellen des Fabrikarbeiterverbandes Westphal und Schweinfurt von Bedeutung. Kollege Fide lobt den Fabrikarbeiterverband durch seine geringen Beiträge, als auch deswegen, daß die Zeitung bedeutend besser redigirt sei, als die untergeordnete Ausführungen tritt Krumpert entgegen. Eine Resolution, welche den Antrag der Metallarbeiter aufstimm, wird angenommen. Kollege Krumpert bringt weiter in Vorschlag, bei den Mitgliederversammlungen auch einen belehrenden Vortrag stattfinden zu lassen, was von einigen Kollegen gut geheißt wird. Kollege Fob bringt die Agitation in einigen Geschäften zur Sprache, in denen fast gar keine Mitglieder vorhanden seien; dem schließt noch auch der Vorstand an. Nachdem der Vorstand die Anwesenden nochmals aufgefordert hatte, recht lebhaft für die demnächst stattfindende Partie zu agitieren, wird die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Versammlung vom 7. Juni. Kollege Schulze berichtet zunächst über die zwei letzten Kartelltagungen und führt aus, daß das Leipziger Gewerkschaftskartell den Genossen Lüttich beauftragt hat, das Leipziger Gewerkschaftskartell zum Gewerkschaftskongreß zu vertreten, indem es schon vorauszuweisen ist, daß es gerade die Aufgabe in Leipzig ist, welche Anlaß gegeben, diese heikle Frage in Punkt 8 zu behandeln. Die Delegirten der 54 im Kartell vertretenen Gewerkschaften erwarten, daß in ihrem Delegirten einige gewisse Angriffe zu Punkt 8 das Wort zur Vertretung ertheilt wird. Des Weiteren berichtet der Delegirte über einen Statutenänderungsantrag, welcher dahin geht, die Abstimmung nicht mehr wie bisher nach Stimmen der Delegirten, sondern nach der Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder vorzunehmen. Dieser Antrag ist von den Metallarbeitern gestellt, also der stärksten Gewerkschaft, mit der Motivirung, daß diese ja auch die meisten Beiträge entrichteten. Mit Recht führt Buchdrucker Labuhn aus, daß es gerade dieser Abstimmungsmodus war, welcher im Berliner Kartell eine Verpflüchtung herbeiführte, was auch bei uns vorauszuweisen wäre. Nicht der Geldbeutel soll maßgebend sein, sondern die Vernunft des einzelnen Delegirten (? Red.) Auf diesem Standpunkte stehen die meisten Delegirten und wird dem Änderungsantrag auch die nöthige Abfahrt zu Theil werden. Gerade die noch schwachen Gewerkschaften haben alle Ursache, diesen zu bekämpfen. In diesem Sinne sprechen noch verschiedene Kollegen und beauftragen den Delegirten, im Sinne dieses Berichtes zu stimmen. Des Weiteren berichtet der Delegirte über die Bedeutung der Gewerbechiedsgerichte mit Berücksichtigung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches, und die Errichtung eines Gewerbechiedsgerichtes für Leipzig-Land. Jene Arbeiter und Arbeiterinnen, die wohl in der Stadt wohnen, aber in Vororten arbeiten und deren Arbeitgeber in Vororten wohnen, können nicht vor dem Gewerbegericht klagen, sondern für diese ist nur das betreffende Amtsgericht maßgebend. Was diese Verwickelung für den klagenden Arbeiter zu bedeuten hat, führt der Delegirte durch einige treffende Beispiele an. Die Mitglieder werden aufgefordert, an den Versammlungen für Errichtung eines Gewerbegerichtes für Leipzig-Land regen Antheil zu nehmen. Zum zweiten Punkt: Empfang der Halleischen Mitglieder, verliest der Vorsitzende das vom Gesamtvorstand ausgearbeitete Programm, welches nach ausführlicher Diskussion von Mehlhorn zum Antrag erhoben und angenommen wird. Für unsere Fahrt nach Dresden wird der 20. Juli bestimmt und seien alle Kollegen und Kolleginnen hiermit nochmals darauf hingewiesen, sich zahlreich zu beteiligen. Das Fahrgeß kann in Hagen beim Kassirer hinterlegt werden und beträgt für Hin- und Rückfahrt per Extrazug 3. Klasse 3 Mk. Im gemäßigten Theil war es zunächst Kollege Germershausen, welcher mit seinem Phonograph sämtliche Theilnehmer in gute, humorvolle Stimmung versetzte.

Die Kolleginnen Winter und Gelbe sowie die Kollegen Eckhardt und Hellthalen ließen es sich nicht nehmen, auch ihrerseits durch Vorträge die Aidelitas zu verhöhen, welche die Versammelten bis zur ersten Morgenstunde beisammen hielt und dazu beitragen möge, einen noch besseren Verlauf unserer Versammlungen zu erreichen. Zumabend, den 5. Juli, Generalversammlung im Rantjeon. D. L.

Salle a. S. Bericht der öffentlichen Versammlung vom 13. Juni. Der Vorsitzende eröffnete die gut besuchte Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Wie können wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern?“ Referentin: Frau Paula Thiede, Verbandsvorsitzende, Berlin. Diskussion. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, findet Bureauwahl statt und wird Koll. Simon als 1. Vorsitzender, Kollegin Wagener als 2. Vorsitz. und Kollege Talgenberg als Schriftführer gewählt. Nachdem dies erledigt, erteilt der Vorsitzende der Referentin das Wort. Dieselbe erläutert in kurzen, klaren Worten den Werth einer Organisation, die Erfolge anderer Gewerkschaften, speziell die des Verbandes der Buchdrucker hervorhebend und weist durch Zahlen nach, daß auch unsere junge Organisation schon Erfolge aufzuweisen hat; auch seien die Lohn-erhöhungen in Berlin und der gute Ausbau der Arbeitsnachweise nur der guten Organisation zu verdanken. Die Erfolge in unseren Reihen sowie die der anderen Organisationen mühten uns ein Ansporn sein, unabhängig weiter zu arbeiten, um für alle Kollegen und Kolleginnen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Mednerin macht auf den gegenwärtigen schlechten Beschäftigungszustand aufmerk- sam, streift die Zollvorlage und ihre Bedeutung für die arbeitende Bevölkerung und kommt dann zum Schluß auf die Arbeitslosen-Unterstützung und die Beitrags-erhöhung zu sprechen. Sie ermahnt die Mitglieder, treu und fest zur Organisation zu halten und endet damit ihren 1 1/2 Stunden dauernden Vortrag. Ver- hältniß der Anwesenden wurde der Mednerin zu Theil. An der Diskussion beteiligte sich nur ein Steindrucker (alle Anderen waren mit den Ausfüh- rungen einverstanden), indem er die Referentin er- widerte, sie hätte wohl den Buchdruckerverband her- vorgehoben, den Steindruckerverband aber nicht, ob- wohl derselben ihr Verband viel zu danken hätte und auch sämtliche weiblichen Mitglieder dem Hilfs- arbeiterverband überwiesen hat. Die Referentin er- widerte, daß Medner in Irrthum sei und giebt den tatsächlichen Sachverhalt bekannt. Hieran wurden als Resultat des Vortrages 7 neue Mitglieder auf- genommen. Es wären mehr Neuaufnahmen zu ver- suchen, wenn jetzt nicht in Halle in den größeren Druckerereien sehr viel Ueberstunden gemacht würden. Kollege Simon stattete der Referentin im Namen aller Anwesenden nochmals Dank ab und schließt um 11 Uhr die Versammlung. — Es trat nun der ge- wöhnliche Theil in seine Rechte, denn kaum war die Versammlung geschlossen, so ertönten die lustigen Weilen eines Balzers, geipelt von der sich uns bereit- willigst zur Verfügung gestellten Buchdruckerkapelle, welcher wir hiermit unseren besten Dank abtatten — gewiß ein Zeichen des besten Einvernehmens. Auch unserem Kollegen Neubauer besten Dank für sein mit großer Pointe vorgetragenes Couplet, was allgemeine Heiterkeit hervorrief.

Breslau. Bericht der außerordentlichen General- versammlung vom 16. Juni. Tagesordnung: 1. Ver- lesung der Protokolle. 2. Verlesung der Resonanzen und Ausschluß derselben sowie Aufnahme neuer Mit- glieder. 3. Bekanntmachung zum Auszug. 4. Wahl einer dreigliedrigen Statuten-Revisionskommission. 5. Bericht des Kartelldelegierten. 6. Mittheilungen und Verschiedenes. Der Vorsitzende eröffnete die gut- besuchte Versammlung um 8 1/2 Uhr. Nachdem die Protokolle verlesen und ohne Einwendungen ange- nommen waren, wurden die Resonanzen verlesen und Friedrich Wuttke ausgeschlossen. In unverduldete Noth gerathen ist Kollege Neschor und mußte deshalb berücksichtigt werden. Neuaufgenommen wurde der Kollege Bartus und wurde derselbe in der üblichen Form willkommen geheißen. Der 3. Punkt fand in- sofern keine Erledigung, als Kollege Woebel den An- trag stellte, eine Dampferpartie bis Thürne und von da zu Fuß nach Lantich, Wilhelmshafen usw. und von Wilhelmshafen zurück per Dampfer zu unter- nehmen. Der Fahrpreis beträgt hin und zurück pro Person 50 Pf. Ferner stellt Kollege Mannel den An- trag, aus der Ortskasse 15 Mk. zu entnehmen für An- schaffung einiger Geschenke usw. Beide Anträge wurden nach kurzer Debatte angenommen. In die Statuten-Revisions-Kommission wurden die Kollegen Abend, Schade und Langhammer einstimmig gewählt und nahmen dieselben die Wahl an. Dann erhielt Kollege Abend das Wort zum Kartellbericht. Er- entledigte sich in recht verständlicher Weise seiner Auf- gabe, besonders hervorzuheben waren die Ausführ- ungen, daß Gewerkschaftsbau betreffend. Nähere Erklärungen hier zu machen, erübrigt sich, denn jeder Kollege muß am besten wissen, was er da zu thun

und zu lassen hat. Unter Verschiedenem ging ein An- trag ein, wonach jeder arbeitslose Kollege 150 Mk. erhalten soll, der sich am Auszug beteiligen will. Dieser Antrag fand ebenfalls, wenn auch nicht ein- stimmige Annahme. Ebenso wurde beschlossen, am 6. Juli cr. im Breslauer Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 1, eine Extraversammlung abzuhalten, um endlich einmal über unsere Crisfrankenkasse des Näheren in- formirt zu werden. Referent: Arbeitersekretär E. Reutrich. Zu dieser Versammlung sind alle der Ortsfrankenkasse der Buchdrucker und Schriftsetzer angehörenden Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ein- geladen. Arbeitslos sind die Kollegen Marek, Woebel, Knauer, Merkel, Müller und Stibale. Krank ist Kollege Hettwer. Nach längerer Debatte, welche das Strafgeld bei Nichterscheinen in den Generalversammlungen ohne genügende Entschuldigung betraf, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband gegen 12 Uhr geschlossen. E. W.

Berlin, Zahlstelle II (Hilfsarbeiter). Die erste außerordentliche Generalversammlung fand am 18. Juni bei Feuerstein statt. Kollege Jäbide eröff- nete dieselbe mit folgender Tagesordnung: 1. Mit- theilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder, Beitrags- zahlung und Abrechnung der Stiftungsfestbills. 3. Bericht und Neuwahl des Stellennachweisers. 4. Neuwahl zum Centralvorstand, der Pres- und Revisionskommission. 5. Bericht über die Abänderung des Vorstandesbeschlusses betreffs Unterbringung. 6. Verschiedenes. Nach Verlesung und Annahme des letzten Protokolls theilte Kollege Jäbide zunächst mit, daß sich die Kollegen Perm. Wrege, Wilh. Nietdorf und Paul Jeller krank gemeldet haben. Ersterer be- findet sich im Krankenhaus. Gehund gemeldet hat sich der Kollege Nietdorf. Ausgetreten sind die Kol- legen Max Waade, Max Sturm und Schulz. Ferner theilte der Vorsitzende mit, daß in der Nationalzeitung die Kollegen Bucher und Varlod und ebenfalls eine Kollegin gemeldet wurden, weil sie die Ueber- stunden verweigerten, welche sie nicht bezahlt be- kommen, sondern dafür am anderen Morgen später kommen sollten. Bei der hieran anknüpfenden De- batte wurde das Verhalten des Obermeisters der betr. Offizin, Herrn Reißner, von verschiedenen Mednern einer scharfen Kritik unterzogen. Den Kollegen wird bekannt gegeben, daß sie Protokolle vom letzten Ge- werkschaftskongress in Stuttgart zum Preise von 20 Pf. pro Exemplar durch den Vorstand beziehen können. Kollege Jahn theilt mit, daß am 6. Juli ein Kongress des „Solidarität“ statt- findet, ferner, daß in der vorigen Woche ein Kollege aus Bremen zugereist sei, weil er denselben aber nicht unterbringen konnte, habe er ihn dem Centralvorstand überwiesen. Kollege Jäbide bemerkt, daß in seiner Offizin ein Anlageautomat aufgestellt sei, der tadellos funktionirt. Hieran wurden 8 Kollegen mit dem Hinweis auf unsere Statuten in den Verband aufgenommen. Kollege Jahn erstattete den Bericht vom Nachweiser. Gemeldet wurden vom 17. Februar bis 25. Mai 172 Stellen. Fest besetzt wurden 54, ausbillsweise 101, nicht besetzt 17. Zur Zeit befinden sich 49 Arbeitslose auf dem Nachweiser. Im Ganzen wurden in der Zeit vom 19. Mai 1901 bis 25. Mai 1902 591 Stellen gemeldet, davon wurden fest besetzt 212, ausbillsweise 263, nicht besetzt 53. Nach kurzen Erläuterungen des Kollegen Jahn wird demselben auf Antrag des Kollegen Unt. Debarge erteilt. Kol- lege Bleich fragt den Nachweiser, ob die Tiegelbruder und Abzieher von uns oder von dem paritätischen Ar- beitsnachweiser der Buchdrucker kommen und ersucht die Kollegen, wenn sie solches erfahren, dieses sofort dem Vorsitzenden zu melden. Kollege Bucher erucht um Auskunft, was uns der Nachweiser kostet, ob die Räumlichkeiten genügen und ob, wenn wir einen an- deren Raum mieten würden, wir auch einen anderen Nachweiser haben müßten. Derselbe erhält hierüber vom Kollegen Wable die nötige Aufklärung. Bei der Neuwahl des Nachweisers erucht Bucher, das Gehalt desselben zu erhöhen und wird dieses auf 100 Mk. inf. der Mietentschädigung festgelegt. Als Stellen- nachweiser wird hierauf Kollege Jahn gegen vier Stimmen wiedergewählt. In den Centralvorstand neugewählt werden die Kollegen Bucher als zweiter Vorsitzender, Alex als Schriftführer, Zeiß als Bei- sizer und Sternitzky als Revisor. In die Preskom- mission werden die Kollegen Bleich und Jäbide ge- wählt. Den 5. Punkt der Tagesordnung beantragt Wable zur nächsten Versammlung zu verlagern. Dem widerspricht Bleich, weil wir noch bis zum 1. Juli die Sache regeln müßten. Nach kurzer Diskussion be- schließt die Versammlung, daß eine Urabstimmung vorgenommen werden soll. Unter Verschiedenem theilt Kollege Jäbide zunächst mit, daß der Kollege Lam- parzell, welcher sich bei Daagstein u. Rogler un- gehörig betragen hatte, so daß sich der Vorstand mit dieser Sache beschäftigen mußte, von Letzterem eine scharfe Rüge erhalten habe. In der Angelegenheit des Invaliden Kollegen Zegert wird auf Vorschlag des Vorstandes beschlossen, dem betreffenden Kollegen 30 Mk. zur Anschaffung von Waaren zu bewilligen. Kollege Wendel fragt an, ob er seine Streikunter-

stützung weiter erhalten kann, da er ja nur einige Tage gearbeitet habe und deshalb wieder aufgehört hat, weil ihm die Arbeit zu schwer war. Demgegen- über bemerkt Kollege Jäbide, daß der Kollege 14 Tage bei Sittenfeld als Sozialarbeiter gearbeitet habe, dann aber plötzlich aufhörte, weil ihm angeblich das Forttragen zu schwer war. Es wird nach kurzer Debatte beschloffen, das Gehalt auf Weiterzahlung der Streikunterstützung abzugeben. Zum Schluß erucht Kollege Jäbide, alle Juchriten, die Zahlstelle II betreffend, an seine Adresse: Schöneberg, Siegfried- straße 3, Quergebäude 11 zu senden, und nicht wie bis- her, nach seiner Arbeitsstelle. Derauf schließt der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle II.

Bremen, 25. Juni. In einer öffentlichen Ver- sammlung aller in Buch- und Steindruckerereien be- schäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen referirte am Dienstag Abend Frau Paula Thiede-Berlin über das Thema: „Was lehrt uns der 4. Deutsche Gewerkschaftskongress?“ In eingehender und verständlicher Weise erläutert Mednerin die Beschlüsse in den Haupt- gegenständen, die den Gewerkschaftskongress beschäf- tigten und namentlich, soweit sie auch für die Buch- drucker-Hilfsarbeiter ein engeres Interesse haben. Hierbei geht sie zu gewissen Graden die Buch- druckerfrage. Gegenüber dem vorletzten Kongress, wiewohl sie noch einen Kampf um die Tarifgemein- schaft bildete, war sie jetzt zu einer Streiffrage zwischen Generalkommission und Leipziger Gewerkschaftsartell geworden. Mednerin legt den Verlauf des Streitfalles dar und die erfreuliche Erledigung, die derselbe auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongress gefunden, erfreulich auch für den Verband der Hilfsarbeiter insofern, als die Ausführung eines Be- schlusses event. im Falle einer Nichterfüllung eben- falls ihren Leipziger Vertreter im Gewerkschaftsartell zurückziehen, nicht mehr nötig sei. Des längeren verweist Referentin bei der über die „Organisation der Arbeiterinnen“ auf dem Kongress gepflogenen De- batte. Sie beweist an der Hand von Erfahrungen, wie die Vernachlässigung der Frauenorganisation oft zum großen Nachtheil der in den gleichen Branchen beschäftigten Männer ausgefallen sei. So liegt es auch im eigenen Interesse. In Mannheim seien bei- spielsweise Hilfsarbeiterinnen an Rotationsmaschinen beschäftigt und mühten sich allen damit verbundenen auch schweren Arbeiten unterziehen. Ganz allmählich sei ihnen das zur Pflicht gemacht worden, was zu- nächst veruchsweise von ihnen verlangt wurde. Die Heranziehung der Arbeiterinnen zur Organisation ist also eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften. Wo die Arbeiterinnen organisiert sind, steigen die Löhne. Erfreulicher Weise seien die Verhältnisse stabilere geworden, so daß nicht mehr in dem früheren Maße die Arbeiterin heute in diesem, morgen in jenem Berufe sich beschäftige, heute vielleicht in einer Schokoladenfabrik, morgen in einer Buchdrucker- arbeits. Das sei die gute Vorbedingung dafür, die Löhne der Arbeiterinnen in den verschiedenen Berufen möglichst in Anlehnung an die Männerlöhne zu ge- halten. Die Referentin verbreitete sich sodann noch über die Kongressbeschlüsse, betreffend das Central- arbeitssekretariat, die Hausindustrie und die Ver- sicherung der Gewerkschaftsbeamten, um dann noch kurz auf die Beschlüsse des letzten Verbandstages der Buchdrucker-Hilfsarbeiter einzugehen, die dringende Nothwendigkeit der eingehenden Erhöhung des Bei- trages wie der Arbeitslosen-Unterstützung darzutun, und zu einem einigen Zusammenhalt und energischer Agitation für die Organisation zu ermahnen, um durch Besserung der sozialen Lage der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen die vermehrten Ausgaben leicht zu machen. Der Optimismus der Arbeiter hat die großen Gewerkschaften, hier die Gewerkschaftskongress, hat die Generalkommission ermöglicht. Opfer- muth werde auch die Organisation der Hilfsarbeiter vorwärts bringen und stark machen. Eine fräftige Organisation der Hilfsarbeiter bilde den Schlußstein zu den Organisationen in den graphischen Gewerben, den vorzüglich organisierten Buchdruckern, den Stein- druckern und Lithographen und den Buchbindern. Mit dem Hinweis, daß in der Stärke der Einfluß der Or- ganisation liege und daß es gelte, diesen Einfluß zu erringen, schloß die Mednerin ihr von der ziemlich gutbesuchten Versammlung beifällig aufgenommenes Referat. In der Diskussion nahm zunächst Schab das Wort. In den zwei Jahren des Bestehens der hiesigen Organisation habe sich die Mitgliederzahl verdreifacht; lieber aber stehe eine ziemliche Anzahl von Arbeiterinnen noch außerhalb der Organisation. Wir wissen aber ganz genau, daß wir ohne die Heran- ziehung der Arbeiterinnen etwas Besonderes zu er- reichen nicht im Stande sind, obwohl ziemlich alle männlichen Hilfsarbeiter jetzt schon organisiert sind. Die Möglichkeit, der Organisation anzugehören, sei nicht so schwierig, als das manchmal dargestellt wird. Die Löhne, die vielfach noch geahnt werden, sollten dau veranlassen. In der größten Buchdrucker- erei erhalten die Hilfsarbeiterinnen 8—12 Mk. pro Woche, 12 Mk. allerdings nicht viele; der Durchschnitt möge

9 Mk. sein. In einer anderen Druckerei werden gar 6-10 Mk. mit einem Durchschnitt von 7 Mk. bezahlt. Mehrlich in den übrigen Druckereien, mit Ausnahme einiger kleineren, die 12 Mk. bezahlen. Das seien keine Löhne, die ein Auskommen ermöglichen. Durch Ausfluß aller an die Organisation ist es allein möglich, einmal einen hinreichenden Minimallohn zu bekommen. An der Diskussion, die sich im ferneren in den Rahmen des Angeführten bewegt, beteiligten noch Fleischer und Frau Vosse. Nach einem Schlußwort der Referentin, in welchem sie namentlich auf die Notwendigkeit, Mißstände, soweit sie in den Fabriken wirklich bestehen, auch zur Kenntnis der Gewerbeinspektion und zwar durch Vermittelung einer Kommission zu bringen, hinweist, erfolgt die Aufnahme einer Anzahl ihre Mitgliedschaft anmeldender Arbeiterinnen. Damit endigte die Versammlung, die für die hiesige Filiale des Hilfsarbeiterverbandes nicht zwecklos gewesen sein dürfte.

Berlin, Zahlstelle 1. Versammlungsbericht vom 28. Juni. Tagesordnung: 1. Berichtsjahresbericht über das Unterstützungsweien. 2. Renumeration des Vorstandes. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Besprechung über ein Sommerfest. 5. Berichtsbeneh. Nach erfolgter Eröffnung theilt die Vorsitzende mit, daß uns schon wieder ein Mitglied, die Kollegin Elisabeth Dohow, durch den Tod entziffen ist. Die Versammlung ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Kollegin Heydemann tadelt, daß eine so ernste Versammlung mit gemüthlichem Besamensein angelegt ist und stellt den Antrag, den 2. und 3. Punkt der Tagesordnung zur nächsten Versammlung zu vertagen. Die Vorsitzende erwidert, persönliche Verhältnisse einiger Vorstandsmitglieder hätten die Vorstandswahl heute notwendig gemacht, deshalb habe auch der geplante Vortrag ausfallen müssen. Der Antrag der Kollegin Heydemann wird angenommen. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls fragt Kollegin Maar an, warum auf den Einladungen zur Versammlung wieder der Ortstitel aufgedruckt ist. Es wird dies auf ein Versehen des Druckers zurückgeführt. Hierauf theilt Kollegin Striebel mit, daß bis jetzt sehr spärlich auf den Sammellisten gezeichnet sei, sie unterbreitet namens des Vorstandes den Verammelten den Vorschlag, aus der Sammlung nur den ausgeweiterten Kolleginnen eine Unterstützung zukommen zu lassen, dagegen den unterstützungsberechtigten arbeitslosen Kolleginnen, welche noch nicht 104 Beiträge entrichtet haben, die also nach Inkrafttreten des Verbandsstatuts nur 70 Pf. pro Tag Unterstützung erhalten, der schlechten Kassenverhältnisse wegen keinen Zuschlag aus der Ortskasse zu zahlen. Kollegin Heydemann ist Gegnerin der Vorschläge, da auf diese Weise nur immer an die Opferwilligkeit einzelner Kolleginnen appelliert wird und empfiehlt, für einige Wochen die Beiträge um 5 Pf. zu erhöhen. Sie ist entschieden gegen eine Herabsetzung der Unterstützung. Zunächst müsse festgestellt werden, wie viele Kolleginnen nach dem 1. Juli durch Auszahlung der Verbandsunterstützung ohne Ortszuschlag eine Schwämmerung ihrer bisherigen Rechte erfahren dürften, da man erst dann sehen könnte, in welcher Weise die Ortskasse durch Zahlung eines Zuschusses belastet würde. Diesen Ausführungen schließt sich Kollegin Maar an, welche aus Erfahrung weiß, daß verschiedene Kolleginnen sich von jeder freiwilligen Sammlung ausschließen, dagegen sich einer Beitragserböhung durch Versammlungsbeschluß fügen würden. Nebenbei ist ganz erstant, daß heute über eine ev. Vertiefung der Unterstützungsbefehle beschlossen werden soll, wovon ihr aus der letzten Versammlung nichts bekannt sei. Es wird hierauf erwidert, daß Letzteres aus dem von der heutigen Versammlung genehmigten Protokolle ersichtlich sei, in dem es heißt: „Da mit dem 1. Juli das Verbandsstatut in Kraft tritt, regt die Vorsitzende an, sich schlüssig zu werden, ob den unterstützungsberechtigten Kolleginnen, welche aber noch nicht 104 Beiträge entrichtet haben, aus der Ortskasse eine Unterstützung bis zur Höhe der bis dahin bezogenen Gesamtunterstützung gewährt werden solle“; auch sei die Frage erst die Anregung für die Vorkommnisse gewesen. In der sehr lebhaften Debatte sprechen sich die Kolleginnen Dentele, Hornmuth, Fomczak, Striebel und Hanna gegen eine Beitragserböhung aus, empfehlen vielmehr, aus der Sammlung nur die Ausgeweiterten zu unterstützen und dieselbe so lange fortzusetzen, bis die Arbeitslosigkeit nachgelassen habe. Es wird festgestellt, daß verschiedene größere Druckereien noch keine Listen erhalten haben. Kollegin Heydemann tadelt das Verhalten der Delegirten auf dem Verbandstage. Nach dem Protokoll zu urtheilen, haben dieselben die Verhältnisse der Zahlstelle 1 zu rasig geschildert, während sie jetzt immer die schlechten Kassenverhältnisse betonen. Sie stellt folgenden Antrag: „Die Regelung der Unterstützung so lange zurückzustellen, bis der Vorstand ein Zahlenmaterial vorgelegt hat.“ Von den Delegirten wird der Vorwurf entschieden zurückgewiesen, sie hätten auf dem Verbandstage erklärt,

nur dann für eine Beitragserböhung stimmen zu können, wenn gleichzeitig der Verband die Unterstützung auf 5 Mk. pro Woche erhöht und den Zahlstellen 20 Pf. der Gesamtentnahmen überläßt; in anderen Fälle die Lebensfähigkeit der Zahlstelle 1 in Frage gestellt. Daß die Unterstützungsbefehle auf 70 Pf. pro Tag bei 52 Beiträgen und 85 Pf. bei 104 Beiträgen festgesetzt worden sind, sei nicht Schuld der Berliner Delegirten, bekanntlich müsse man sich der Majorität fügen. Eine Kritik an dem Verhalten der Delegirten hätte in der Versammlung geübt werden müssen, zu welcher auf der Tagesordnung stand: Bericht der Delegirten vom Verbandstage und Diskussion. Genau wie auf dem Verbandstage vertrete man noch heute die Meinung, die Zahlstelle 1 kann ihren Verpflichtungen nachkommen, wenn sie keinen Zuschlag zur Arbeitslosenunterstützung zahlen brauche. Kollegin Müller und Hiebig widerlegen einige Berechnungen der Kollegin Heydemann. Erstere erklärt, daß zwei Drittel der unterstützungsberechtigten Kolleginnen weniger als 104 Beiträge entrichtet haben. Nachdem Schluß der Nebenbeschlüsse angenommen worden, wird der Antrag Heydemann angenommen, ebenso folgender Antrag: Beantworte aus der Sammlung den ausgeweiterten Kolleginnen eine Unterstützung von 4 Mk. für 3 Wochen hintereinander zu gewähren. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wird ein Antrag, ein Sommerfest im Lokale des Herrn Franke abzuhalten, angenommen. Es soll versucht werden, hierzu einen Sonnabend zu gewinnen. Unter Berücksichtigung wird das Verhalten einer Kollegin im Arbeitsnachweis kritisiert, welche auch auf Einladung nicht zur Vorstandssitzung gekommen ist. Es wird beschlossen, dieselbe nochmals einzuladen. Die Beratung des Arbeitsnachweis-Reglements wird zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Die Versammlung beschließt ferner, die Kollegin Grund zum dritten Male auszunehmen. Nachdem Kollegin Heydemann noch eine Beschwerde vorgebracht und die Vorsitzende die Kolleginnen zu zahlreichem und pünktlichem Erscheinen der Versammlungen auffordert, erfolgt Schluß um 12 Uhr. — Hierauf trat Fidelitas in ihre Rechte und hielt die Mitgliedschaft noch lange in frohlichster Stimmung beisammen G. S.

Rundschau.

Darf ein Christ mitstreifen? Ueber diese Frage schreibt das „Evangelische Arbeiterblatt“: „Ein christlicher Arbeiter hat einmal gesagt: „Das unbetehrte Menschen zu sozialen Gewaltmaßnahmen greifen, kann ich wohl verzeihen. Aber ich als überzeugter Christ weiß ein besseres Mittel zur Verbesserung meiner Lage, nämlich das Gebet. Das ist die christliche Art, den „Klassenkampf“ zu führen.“ Gut ab, sage ich, vor folchem ernstem Sinn, und ganz sicher, sage ich, ähne es besser in der Arbeiterwelt aus, wenn wir ebenso viele Beter wie rechte Schimpfer hätten. Trotzdem muß ich aber widerprechen. Der Streit ist dem Kriege zu vergleichen. „Wie der Krieg in Interessenstreit der Völker, so ist der Streit im Erwerbsleben das letzte Mittel, wenn eine friedliche Verianbängung nicht mehr möglich ist.“ Darum ist auch das Streifen in unserer deutlichen Gesetzgebung nicht verboten. Vielmehr gilt es unter allen denkenden Männern an sich als ein berechtigtes Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer. Es ist eben die einzige Waffe derselben, und es ist an sich eine ehrenhafte Waffe, wenn sie nur ehrenhaft geführt wird. Hältst Du den Streit für ungerecht, frivol und unsinnig, dann streife nicht mit. Dann drücke Dich aber nicht still, sondern warne und rathe offen ab als ein Mann an Grund Deiner besseren Einsicht. Hältst Du den Streit aber für gerecht, unbetreitlich und aussichtsreich (prüfe Dich und die Verhältnisse vor Deinem Gott), so lasse nicht andere die Kaskantien für Dich aus dem Feuer holen, sondern tritt ein in die Schlachtreihe und kämpfe, duide und leide mit, thue auch dabei, was Du kannst, um Ausschreitungen zu helfen.“ Diese Ausführungen lassen erkennen, daß auch in den evangelischen Arbeitervereinen die Gewerkschaftsfrage mehr und mehr Verständnis findet. Nur möchten wir den christlich-evangelischen Arbeitern den Rath geben, ihr Verhältnis zu Gott ganz bei Seite zu lassen, desto mehr aber ihr kollegiales Verhältnis zu ihren Berufs- und Klassenangehörigen zu prüfen und so zu handeln, wie es ihnen ihr Berufsinteresse und ihr Klassenbewußtsein gebietet. Die **Kohntämpfe in Hamburg** stehen sozulagen unter Polizeiaufsicht. Kein Tag vergeht, wo nicht das „Hamburger Echo“ Mittheilungen von schroffem Vorgehen der Polizeibeamten gegen die auf den Bahnhöfen und in der Nähe derselben aufgestellten Posten der Arbeiter zu machen hat. Den Bahnhöfen dürfen die Vertrauensleute der Ausgelperrten schon gar

nicht mehr betreten. Dafür sorgen die zahlreich dabeist aufgestellten Polizeioorgane. Was hierbei am schärfsten gerügt werden muß, ist der Umstand, daß die Polizei mit zweierlei Maß mißt. Die Unternehmer haben ebenfalls die Bahnhöfe regelmäßig mit Streifposten aus ihren Reihen besetzt, die zum Empfang der zureichenden Bauhandwerker die nöthigen Vorkehrungen treffen. Die Unternehmer bleiben nicht nur unbehelligt, sie verkehren auch mit den Polizeibeamten auf recht gutem Fuße. Was den Unternehmern erlaubt ist, wird also den Arbeitern in der „freien“ Stadt Hamburg verboten.

Literatur.

Die von der Buchhandlung Vorwärts in Wochenheften zu 10 Pf. herausgegebene illustrierte Roman-Bibliothek „In freien Stunden“ liegt jetzt bis zum 24. Hefte vor. Neben dem mit prächtigen, für den Inhalt charakteristischen Zeichnungen geschmückten Roman „Der Bastard“ von Spindler, der bei dem Leserkreise reichen Verkauf gefunden hat, fesselt auch der stimmungsvolle Roman von Loti, „Ein Seemann“, namentlich die Frauenwelt und die Jugend, so daß wir wiederholt unsere Leser auf diese Romanbibliothek aufmerksam machen, die zur Verdrängung der leider auch in unseren Arbeiterkreisen noch verbreiteten Schundliteratur bestimmt ist. Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement mit dem überaus spannen Roman „Die drei Musketiere“ von Alexandre Dumas. Wir bitten unsere Leser, das Parteiuunternehmen durch kräftige Agitation zu unterstützen. Listen zum Abonnement sammeln, sowie Probehefte leihen der Verlag auf Verlangen gratis und franko. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

Versammlungsanzeigen.

Berlin, Zahlstelle II (Hilfsarbeiter). Mittwoch, den 16. Juli, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's Festsälen. Mitr Jakobstr. 75:

Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Mittheilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.
Durch Neabstimmung ist eine Beitragserböhung um 5 Pf. mit großer Majorität beschlossen worden. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß der erhöhte Beitrag am 5. Juli zum erstenmal erhoben wird.
Der Kassier.

Zahlstelle Bremen. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 13. Juli 1902, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinshaus, Dautestr. 21/22.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und Kartelldelegirten. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.
Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht sämtlicher Mitglieder zu erscheinen.
Der Vorstand.

Breslau. Montag, den 21. Juli 1902, Abends 8 1/2 Uhr.

Werdentliche Generalversammlung
im „Bar auf der Orgel“, Kupferstraße 39.
Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Rechnungslegung pro 2. Quartal des Geschäftsjahres. 4. Wie feiern wir unser diesjähriges Stützungsfest? 5. Renumeration des Vorstandes. 6. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 7. Mittheilungen. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 7. April cr zahlen alle Kollegen 30 Pf. Strafe, wer ohne genügende Entschuldigung in der Generalversammlung fehlt.
Also pünktlich und vollständig.

Ordnungsverein Halle a. S. Dienstag, den 8. Juli, Abends 8 1/2 Uhr.

Mitglieder-Versammlung
im „Englischen Hof“ (Friedrichstr. gr. Berlin).
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Vorstandswahl. 3. Ausflug nach Leipzig. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen eruchtet
Der Vorstand.
(Mitgliedsbücher sind zum Umtausch mitzubringen.)

Dankagung.

Allen Kollegen und Kolleginnen unsern verbindlichsten Dank für die reichliche Theilnahme an den Listen für den verunglückten Stereotypen-Gesetzkrüger.
Die Kommission.